



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Dr. Franz Rieger, Alex Dorrow, Judith Gerlach, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/23766

Für ein gemeinsames Europa – Dialog statt Spaltung

Der Landtag nimmt die Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 12.09.2018 über die Einleitung eines Verfahrens nach Art. 7 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) zum Anlass, an alle politisch Verantwortlichen in Europa zu appellieren, die Grundwerte der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte, auf denen das gemeinsame Europa fußt, nicht nur zu

respektieren, sondern in ihrer Arbeit weiter aktiv dafür einzutreten.

Zugleich betont der Landtag die Bedeutung eines geeinten Europas und eines gemeinsamen Handelns.

Europa befindet sich in unterschiedlicher Hinsicht in schwierigen Zeiten. Europa steht vor großen Herausforderungen wie insbesondere die Steuerung der Migration nach Europa oder die weltwirtschaftliche Positionierung zwischen China, den Vereinigten Staaten und Russland.

In dieser Situation müssen die europäischen Mitgliedstaaten zusammenstehen und gemeinsam Antworten und Lösungen auf die dringenden Fragen entwickeln und umsetzen. Nur so kann die Europäische Union etwas für die Menschen in Europa erreichen. Nur gemeinsame, funktionierende Lösungen können die Menschen von der Europäischen Union überzeugen und europafeindlichem Populismus entgegenwirken.

Der Landtag erinnert daran, dass gerade die Bereitschaft, miteinander statt übereinander zu reden, sowie das Bemühen um Gemeinsamkeiten und gemeinsame Lösungen zum europäischen Wertekanon gehören und Kernelement des europäischen Einigungsprozesses sind.

Der Landtag warnt vor einer tieferen Spaltung der Europäischen Union und der Bevölkerungen in Europa, die Europa in Zeiten des drohenden „Brexit“ nur weiter schwächen würde.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident